

Young, Brigitte, 2011: Der privatisierte Keynesianismus, die Finanzialisierung des ‚alltäglichen Lebens‘ und die Schuldenfalle. In: Kessler, Oliver (Hg.): Die Internationale Politische Ökonomie der Weltfinanzkrise. Wiesbaden, 15-36.

Young, Brigitte/Schubert, Helene, 2010: The Global Financial Meltdown And The Impact Of Financial Governance On Gender. Garnet Policy Brief, Paris.

Zeit online, 2012: Griechenland kann Patienten nicht mehr versorgen. Internet: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-06/griechenland-gesundheitssystem-finanzkrise (10.02.2013).

Regulationstheorie, Cultural Political Economy und feministische Gesellschaftstheorie

FELIX HAUF

Während die Regulationstheorie in den sozialwissenschaftlichen Debatten über die Krise des Fordismus in den 1970er Jahren noch ein maßgebliches Paradigma politisch-ökonomischer Theoriebildung war, spielt sie in den aktuellen Analysen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise kaum eine Rolle. Das gesellschaftliche Interesse an Marx und seiner Kritik der politischen Ökonomie, nimmt man die Verkaufszahlen von „Das Kapital“ als Indikator, nimmt in Krisenzeiten zwar zu, an der akademischen Marginalisierung von neo-marxistischen Ansätzen wie der Regulationstheorie ändert sich aber nicht viel. Obwohl die regulationstheoretischen Konzepte einen wertvollen Beitrag zu den Krisenanalysen leisten könnten, haftet ihnen noch der Geruch des Ökonomismus und Klassenreduktionismus der marxistischen Orthodoxie an, die sie gerade überwinden helfen sollten. Aus feministischer Sicht kommt die Kritik an Geschlechterblindheit und Androzentrismus hinzu, die die Regulationstheorie als wenig geeignete Bezugsgröße für eine feministische Gesellschaftstheorie erscheinen lässt. Auf beide Ebenen der Kritik wurde mittlerweile geantwortet: Lars Kohlmorgen (2004) hat in seiner Dissertation die Regulationstheorie durch eine geschlechtertheoretische Erweiterung ihres Kategoriengerüsts feministisch rekonstruiert, und Bob Jessop (2004; 2009) und Ngai-Ling Sum (2006) entwickeln aus der Kombination von regulations-, staats- und diskurstheoretischen Elementen ein neues, im Entstehen begriffenes Paradigma, Cultural Political Economy, welches das enttäuschte Versprechen der Regulationstheorie auf eine erneuerte Gesellschaftstheorie, die den Ökonomismus des orthodoxen Marxismus überwindet, ohne die Grundeinsichten einer an Marx geschulten Ökonomiekritik aufzugeben, auf bessere Weise einzulösen verspricht.

In diesem Beitrag geht es um die Frage, inwiefern die Regulationstheorie und Cultural Political Economy als ihre neueste Weiterentwicklung als geeignete Theorieperspektiven für feministische Analysen auf dem Feld der politischen Ökonomie gesehen werden können. Meine These ist dabei zum einen, dass die feministische

Erweiterung der Regulationstheorie bei Kohlmorgen (2004) begrenzt bleibt, weil sie letztlich nur den ökonomischen Aspekt der geschlechtlichen Arbeitsteilung berücksichtigen kann und die soziale Relevanz von Geschlechternormen, -diskursen und Bedeutungssystemen allgemein nicht adäquat integriert. Zum anderen öffnet Cultural Political Economy (vgl. Jessop 2004; 2009; 2011; Sum 2006) zwar die Regulationstheorie für diskurstheoretische und poststrukturalistische Ansätze und richtet die Aufmerksamkeit auf die konstitutive Rolle, die die kulturelle Produktion von Bedeutungssystemen und diskursiven Ordnungen im Kontext der politischen Ökonomie spielt, allerdings ohne dabei die Geschlechterperspektive systematisch zu berücksichtigen. Die zentrale These dieses Beitrags lautet, dass die weitere Entwicklung der Cultural Political Economy hin zu einer fruchtbareren Integration von neo-marxistischen und poststrukturalistischen Theorien gleichzeitig eine produktivere Verbindung von feministischer Gesellschaftstheorie und politischer Ökonomie ermöglicht. Ich werde in drei Schritten mein Argument für eine feministische Cultural Political Economy entfalten. Zunächst fasse ich meine Auseinandersetzung mit der Regulationstheorie und ihren feministischen Kritiken und Erweiterungen zusammen (vgl. Hauf 2006; Kohlmorgen 2004). Anschließend diskutiere ich das entstehende Paradigma der Cultural Political Economy als ihren Nachfolger aus feministischer Sicht. Einige Bemerkungen zu ihrer Ontologie und Epistemologie bilden den Schluss des Beitrags.

Regulationstheorie und Feminismus

Marx hatte die kapitalistische Produktionsweise zunächst nur abstrakt in ihrem „idealen Durchschnitt“ (Marx 1972, 839) dargestellt und als inhärent widersprüchlich und krisenhaft bestimmt. Die Regulationstheorie bietet intermediäre Konzepte zur Analyse ihrer erstaunlichen Bestandsfähigkeit und krisenhaften Entwicklungsdynamik in ihren historisch-konkreten Formen. Als neo-marxistische Theorie muss sie im Kontext ihrer Entstehungsbedingungen gelesen und verstanden werden, d.h. einerseits als Antwort auf die Krise des Marxismus, als Versuch der Erneuerung marxistischer Theoriebildung gegen Ökonomismus und Determinismus der Orthodoxie, und andererseits als Kritik und Weiterentwicklung des strukturalen Marxismus von Althusser, gewissermaßen als „Post-Strukturalismus“ ganz eigener Prägung. Ein wichtiger Einsatz der frühen Regulationisten war daher die Wiederentdeckung von Begriffen wie Widerspruch und Krise, die bei Althusser merkwürdig abwesend waren (vgl. Lipietz 1992, 11). Als „rebellischen Söhnen“ (Lipietz 1998, 12) Althusser ging es den französischen Begründern der Regulationstheorie also einerseits um die Überwindung seines Strukturalismus durch die Rückbesinnung auf die Marx'sche Dialektik und andererseits um die Entwicklung von Konzepten und Begriffen, die eine marxistische Analyse historisch-konkreter Gesellschaftsformationen ermöglichen. Letzteres schlug sich in den intermediären Konzepten „Akkumulationsregime“ und „Regulationsweise“ nieder, die einerseits bezeichnen, wie durch einen bestimmten, historisch-spezifischen Modus der kapitalistischen Produktion der Ak-

kumulationsprozess phasenweise stabilisiert wird, und andererseits, wie Widersprüche in historisch-konkreten Formen bearbeitet, Kompromisse institutionalisiert und somit die Akkumulation des Kapitals reguliert und reproduziert wird. Die Analysen des „Fordismus“ als einer kapitalistischen Entwicklungsweise, die über einen gewissen Zeitraum, der auch als das „goldene Zeitalter des Kapitalismus“ (Lipietz 1998) bezeichnet wird, Kapitalrentabilität und Wohlstandssteigerung für breite Bevölkerungsschichten vereinbar machte, sind auch über die Grenzen der Regulationstheorie hinaus bekannt geworden. Die Analyse der Krise des Fordismus, die den Übergang zur neoliberalen Entwicklungsphase des Kapitalismus markierte, stellte den ursprünglichen Fokus der Regulationstheorie dar. Dass die Regulationstheorie in den gegenwärtigen Krisenanalysen nur eine untergeordnete Rolle spielt, zeigt vielleicht, dass sie selbst in eine theoriepolitische Krise geraten ist. Zur Reflexion der Ursachen dieser Krise hilft ein Blick auf die von verschiedener, auch feministischer Seite formulierte Kritik an der Regulationstheorie.

Die Regulationstheorie muss sich an ihrem Anspruch messen lassen, einen Beitrag zur Erneuerung materialistischer Gesellschaftskritik zu leisten, der Ökonomismus, Determinismus und Strukturalismus überwinden will. Im Sinne des berühmten Marx-Zitats aus dem 18. Brumaire (vgl. Marx 1960, 115) gehen die RegulationistInnen davon aus, dass die Menschen ihre eigene Geschichte machen und jene Verhältnisse eingehen und reproduzieren, die Herrschaft und Ausbeutung für sie bedeuten. Die zentrale Frage der Regulationstheorie ist, warum die Menschen diese Verhältnisse durch ihr Alltagshandeln hindurch reproduzieren, trotz ihrer Widersprüchlichkeit und Krisenhaftigkeit und entgegen aller Wahrscheinlichkeit. Denn aufgrund der widersprüchlichen Krisendynamik des Kapitalismus wird eine stabile Reproduktion des Kapitalverhältnisses als unwahrscheinlich angenommen. In ihren Analysen neigen die meisten regulationistischen Arbeiten – obwohl sie die Dialektik von Struktur und Handlung betonen – allerdings dazu, das Handeln der Subjekte aus den strukturellen Erfordernissen zu erklären, anstatt Prozesse der Strukturierung durch das Handeln zu fokussieren. Es überrascht deshalb nicht, dass an der Regulationstheorie häufig kritisiert wird, dass sie von einem Objektivitätsüberhang geprägt ist und ein subjekttheoretisches Defizit aufweist (vgl. Sablowski 1994, 155; Scherrer 1995, 462). Hinzu kommt die Kritik an ihrer deutlichen Ökonomiezentriertheit, die von der Frankfurter Variante einer mit Gramsci und Poulantzas hegemonie- und staatstheoretisch erweiterten Regulationstheorie (vgl. etwa Hirsch 2005) nur unvollständig in Frage gestellt wurde.

Die für meinen Beitrag zentrale Kritik wurde jedoch aus feministischer Perspektive formuliert und bezieht sich auf die Geschlechterblindheit und den Androzentrismus der Regulationstheorie. Leider bildete die Regulationstheorie in dieser Hinsicht keine Ausnahme gegenüber den Malestream-Theorien. Zu einer kritischen Gesellschaftstheorie aber, wie sie die Regulationstheorie sein möchte, sollte selbstverständlich auch eine Kritik der Geschlechterverhältnisse und der in ihnen eingelassenen Formen von Macht, Herrschaft und Ausbeutung gehören. Diese Perspektive

wurde von der Regulationstheorie zwar oft erwähnt, jedoch lange Zeit nicht systematisch einbezogen (vgl. Ruddick 1992; Dackweiler 1995; Jenson 1997). Kohlmorgen (2004) hat vor einigen Jahren den ersten systematischen Versuch unternommen, die Regulationstheorie um die Analyse der Geschlechterverhältnisse zu erweitern. An anderer Stelle (vgl. Hauf 2006) habe ich mich mit diesem Erweiterungsversuch auseinander gesetzt und bin zu einem ambivalenten Ergebnis gelangt: Auf der einen Seite hat Kohlmorgen mit seiner geschlechtertheoretischen Erweiterung die Regulationstheorie für feministische Fragestellungen geöffnet, wie z.B. die nach der geschlechtlichen Arbeitsteilung, dem Zusammenhang von Klasse und Geschlecht und der Relevanz moderner Geschlechterverhältnisse für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion und Regulation kapitalistischer Verhältnisse. Zentrales Element seiner theoretischen Innovation ist die Einführung der „Haushalts- und Familienform“ als zusätzliche institutionelle Form, in der sich die herrschende Norm geschlechtlicher Arbeitsteilung im Privathaushalt und das hegemoniale Familienmodell ausdrücken (vgl. Kohlmorgen 2004, 59). Über die Einbeziehung feministischer Theorien (z.B. die Theoreme der doppelten Vergesellschaftung von Regina Becker-Schmidt (1987) oder der Wert-Abspaltung von Roswitha Scholz (2000)) kritisiert Kohlmorgen den Klassenreduktionismus der Regulationstheorie und führt die Geschlechterordnung als Dimension sozialer Ordnung ein. Es ist ein lohnendes Projekt, einer neo-marxistischen, politisch-ökonomisch ausgerichteten Gesellschaftstheorie ein Verständnis von Geschlecht zu vermitteln, das Geschlechterfragen nicht nur als Lippenbekenntnis theoretisch einbezieht, sondern deren grundlegende Bedeutung auch versucht kategorial zu begründen.

Auf der anderen Seite thematisiert Kohlmorgen patriarchale Geschlechterverhältnisse und -ungleichheiten primär aus einer gesellschaftstheoretischen Makro Perspektive und lässt subjekttheoretische Implikationen und kulturell-symbolische Dimensionen weitestgehend außen vor. Dies zeigt sich zum Beispiel bei der Art und Weise, wie er das Theorem der doppelten Vergesellschaftung von Becker-Schmidt rezipiert und integriert (vgl. Kohlmorgen 2004, 42). Es gelingt ihm zwar, die ökonomische Relevanz der widersprüchlichen Trennung von Produktion und Reproduktion regulationstheoretisch aufzunehmen, es verschwinden jedoch die kulturell-symbolischen und subjekttheoretischen Dimensionen der doppelten Vergesellschaftung, die bei Becker-Schmidt von zentraler Bedeutung sind. Im Vordergrund steht bei Kohlmorgen die funktionalistisch verkürzte Frage, wie patriarchale Geschlechterverhältnisse zur Stabilität der kapitalistischen Produktionsweise beitragen. Letztlich bleibt seine geschlechtertheoretische Arbeit auf den Aspekt der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und ihren Wandel konzentriert und reproduziert damit die Ökonomiezentriertheit der Regulationstheorie auf neue, gewissermaßen geschlechtersensibilisierte Weise.

Diese Probleme und Defizite sollen hier zum Anlass genommen werden, den Übergang von der Regulationstheorie zur Cultural Political Economy aus feministischer Perspektive zu reflektieren. Die Frage, ob das entstehende Paradigma der Cultu-

ral Political Economy als Nachfolger der Regulationstheorie besser in der Lage ist, feministische Perspektiven und Konzepte zu integrieren ohne sie auf ihre ökonomischen Aspekte zu reduzieren, und dabei sowohl historisch-materialistische als auch poststrukturalistisch-diskurstheoretische Geschlechterforschung zu berücksichtigen, ist Gegenstand der folgenden Abschnitte.

Kulturelle Politische Ökonomie

Die Variante der Cultural Political Economy (CPE), auf die ich mich beziehe (vgl. Jessop 2004; 2009; Sum 2006; zu anderen Varianten vgl. Best/Paterson 2010), versteht sich als Versuch, den Cultural Turn im Rahmen einer materialistischen und kritischen Theorie der Gesellschaft zu vollziehen. Entgegen anderer Versuche in einer ähnlichen Richtung, etwa dem Post-Marxismus von Laclau und Mouffe (1991), wird dabei eine Vermittlung von diskursiven und nicht-diskursiven Dimensionen der politischen Ökonomie angestrebt, anstatt die materiellen Verhältnisse vollständig in Diskurse und Sprachspiele aufzulösen. Dieser viel versprechende Versuch öffnet Möglichkeitsräume für eine fruchtbarere Verbindung von politischer Ökonomie und Diskurstheorie und damit auch, so meine These, für eine Integration feministischer Theorien, die die oben erwähnten Probleme vermeidet. Um diese Möglichkeit zu nutzen, so mein Argument weiter, muss CPE sich von Beginn an auf die Geschlechterperspektive einlassen und von feministischen Theorien lernen, die schon viel früher damit begonnen haben, die dialektischen Verhältnisse zwischen objektiver, subjektiver und diskursiver Ebene zu reflektieren und dafür neo-marxistische und poststrukturalistische Theorien zu verknüpfen. Ein Beispiel dafür sind die Arbeiten von Regina Becker-Schmidt und Gudrun-Axeli Knapp, die in der Tradition der Kritischen Theorie stehen, zu deren feministischer Weiterentwicklung aber auch auf Foucault und andere Diskurstheorien zurück greifen.

Auch wenn die Regulationstheorie immer schon die Bedeutung von kulturellen Normen und Wertesystemen für die Herausbildung relativ stabiler Akkumulationsregime und Regulationsweisen heraus gestellt hat, bietet erst der Übergang zur CPE ein Begriffsinstrumentarium, das der diskursiven Herstellung solcher Normen und Werte einen systematischen Ort zuweist. Die Regulationstheorie kann thematisieren, wie die Alltagspraxen der Individuen durch hegemoniale Normen und institutionelle Formen hindurch einer Routine unterworfen und mit den Erfordernissen der Kapitalakkumulation vereinbar gemacht werden. Mit der CPE ist es möglich, einen Schritt vorher anzusetzen und zu untersuchen, wie solche Normen diskursiv entstehen, welche Diskurse hegemonial werden und wie sich bestimmte Normen und Werte mit den Interessen und Handlungen relevanter sozialer AkteurInnen artikulieren und durch einen evolutionären Prozess der Variation, Selektion und Erhaltung in Institutionen verdichten. Die Dialektik von Struktur und Handlung wird nicht, wie bei Laclau/Mouffe, aufgegeben (vgl. Wullweber 2009, 5), vielmehr verschiebt sich der Fokus von der Normierung der Handlungen durch Strukturen und Institutionen zur Strukturierung der Normen und Institutionen durch die Handlungen. Der

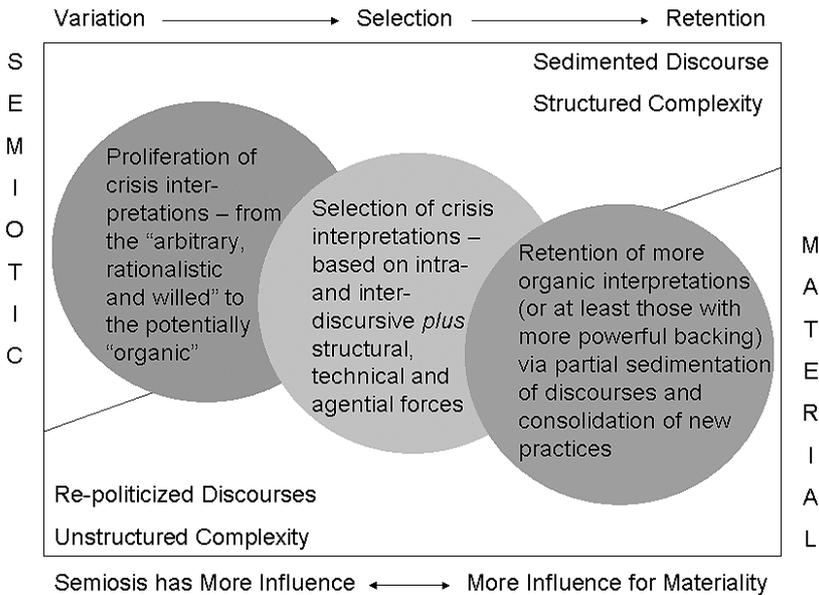
Anspruch der Regulationstheorie, genau die vermittelnde Bewegung zwischen den sozialen Strukturen und den subjektiven Praxen in den Blick zu nehmen, kann auf diese Weise von der CPE besser eingelöst werden.

Bob Jessop und Ngai-Ling Sum schlagen den Begriff der Semiose vor, um alle Formen von gesellschaftlicher Bedeutungsproduktion zu erfassen (vgl. Jessop 2009, 20; Fairclough 2009, 162f.). Der Diskursbegriff, der in anderen Kontexten auch im abstrakten Sinne der gesellschaftlichen Produktion von Bedeutungssystemen und symbolischen Ordnungen verwendet wird, bezieht sich in der CPE meistens auf die konkretere Ebene bestimmter Diskurse oder diskursiver Formationen (z.B. verschiedene Diskurse zur gegenwärtigen Krise). Die diskursive bzw. semiotische Dimension wird im CPE-Paradigma also systematisch berücksichtigt und in ihren Wechselwirkungen mit nicht-diskursiven Dimensionen analysiert. Ökonomische Kategorien werden als inhärent semiotisch und (zumindest teilweise) diskursiv konstruiert aufgefasst, dabei wird ihre strukturelle und materielle Dimension aber nicht vernachlässigt. CPE zielt also sowohl auf das *interpretative Verstehen* von Diskursen als auch auf *kausale Erklärungen* von realen Zusammenhängen (vgl. Fairclough/Jessop/Sayer 2004, 24) und sieht diese oft als sich wechselseitig ausschließend aufgefassten Wissenschaftsperspektiven im Gegenteil als notwendig komplementär.

Begriffe und Konzepte der Regulationstheorie werden von der CPE aufgenommen und kritisch weiterentwickelt. Regulation etwa wird dann als Prozess verstanden, der auch diskursiv operiert und durch den Regulationsprozess die Objekte der Regulation mit herstellt (vgl. Jessop 2004, 163). Der von Joachim Becker (2009) vorgeschlagene Begriff des „Regulationsdispositivs“, der im Gegensatz zum Begriff der Regulationsweise auch für Situationen der Instabilität und Krise passt, wurde bislang nicht für die CPE aufgenommen, könnte aber ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung des Paradigmas sein. Die regulationstheoretische Grundfrage nach der Reproduktion und Transformation kapitalistischer Verhältnisse wird in der CPE-Perspektive diskurstheoretisch und evolutionsökonomisch erweitert. Zentrale Begriffe dieser Erweiterung sind Economic Imaginary sowie Variation, Selektion und Retention (Erhaltung). Es wird nicht mehr nur nach den institutionellen Formen gefragt, in denen die sozialen Praxen verstetigt und routinisiert werden, sondern auch nach den symbolisch-kulturellen Formen, den Diskursen und Imaginationen, die in solche Institutionalisierungsprozesse eingehen. Fordismus und soziale Marktwirtschaft etwa beinhalteten neben institutionellen Arrangements und materiellen Kompromissen auch diskursive Ordnungen, die für die Stabilität der Formation gleichermaßen wichtig waren. Economic Imaginaries sind zunächst diskursive Elemente, die sich materialisieren und zu institutionellen Formen verdichten können, aber nicht müssen. Jessop definiert das Konzept wie folgt: „An economic imaginary is a semiotic order, i.e., a specific configuration of genres, discourses and styles and, as such, constitutes the semiotic moment of a network of social practices in a given social field, institutional order, or wider social formation.“ (Jessop/Oosterlynck 2008, 1157-1158). Er plausibilisiert seinen CPE-Ansatz mit dem Beispiel un-

terschiedlicher Krisendiskurse und -interpretationen (Jessop 2011). Die Krise habe zunächst das diskursive Feld für verschiedene Interpretationen geöffnet (z.B. als Krise *des* Neoliberalismus), allerdings würden im weiteren Verlauf auf Grundlage von strukturellen, strategischen und diskursiven Selektivitäten nur bestimmte Interpretationen ausgewählt (z.B. als Schuldenkrise von fiskalisch undisziplinierten Staaten). Erhalten im Sinne der Sedimentierung von Diskursen und Konsolidierung von Praxen blieben schließlich nur die von mächtigen AkteurInnen getragenen Interpretationen, die sich dann von diskursiven Konstrukten in materielle Realitäten übersetzen können (z.B. Krisenlösung durch Austeritätspolitik).

Abbildung: Variation, Selektion und Retention (aus Jessop 2011, 9)



Welche der zunächst relativ frei zirkulierenden Imaginationen (Variation) sich durchsetzen, welche von relevanten AkteurInnen ausgewählt (Selektion) und erhalten (Retention) werden, welche diskursiv verstärkt und letztlich materiell verdichtet und institutionalisiert werden, hängt in regulationstheoretischer Tradition zum Großteil von gesellschaftlichen Interessenkonstellationen und Kräfteverhältnissen ab. Bei Sum gibt es neben Variation, Selektion, Retention und Institutionalisierung auch noch die Momente der Verkörperung und des Widerstands. Economic Imaginaries materialisieren sich hier nicht nur in Institutionen, sondern auch in den Körpern der Subjekte, deren gesellschaftliche Praxis reguliert wird. Außerdem sind hegemoniale Diskurse immer partiell und instabil, weshalb immer auch ein Moment

des Widerstands und Raum für Gegenhegemonie vorhanden ist, die sich in erster Linie aus den Lücken zwischen Diskurs und Praxis ergeben (vgl. Sum 2006, 20). Klassisches Beispiel wäre der Menschenrechtsdiskurs, der vor dem Hintergrund der kapitalistischen Ungleichheitsordnung zwar leicht als Ideologie entlarvt, aber auch für gegenhegemoniale Mobilisierungen und widerständige Strategien genutzt werden kann. Gesellschaftliche Konflikte werden also nicht nur mithilfe materieller Ressourcen ausgetragen, sondern finden ganz grundlegend auch auf der diskursiv-symbolischen Ebene als „Kampf um Ideen“ (Jessop 2009, 22) statt. Daher beinhaltet die Analyse ökonomischer Strukturen aus CPE-Perspektive immer auch die Untersuchung von ethisch-politischen Verhältnissen auf niedrigeren Abstraktionsebenen und der Wechselwirkungen zwischen beiden. CPE zielt also auch darauf ab, politisch-ökonomische Forschung weiter in Richtung der Ebene des Konkreten und Komplexen zu treiben. Kapitalistische Verhältnisse kommen dann nicht mehr bloß abstrakt in ihrem idealen Durchschnitt, sondern konkret in der Form in Betracht, in der sie von den Subjekten in ihrem Alltag gelebt und erfahren werden. Diese Ebene des Alltags ist zentral für die methodologische Perspektive der CPE und zugleich verdeutlicht sie die theoretischen und methodischen Schwierigkeiten, die sich damit ergeben. Denn fraglich bleibt zunächst, ob es der CPE tatsächlich gelingt, das Alltagshandeln der Subjekte – inklusive ihrer alltäglichen Bedeutungsproduktionen – adäquat in den Blick zu nehmen, ob sie also das subjekttheoretische Defizit der Regulationstheorie überwindet oder reproduziert.

Feministische Subjekt- und Gesellschaftstheorie

Die Verknüpfung von historisch-materialistischen und konstruktivistisch-diskurstheoretischen Ansätzen ist in der feministischen Wissenschaft kein Novum. CPE als Ansatz zu einer solchen Verknüpfung auf dem Feld der politischen Ökonomie könnte daher von unterschiedlichen feministischen Theorien lernen, gerade was die subjekttheoretische Fundierung ihres gesellschaftstheoretischen Rahmens betrifft. Ein Beispiel von vielen, das ich hier im Folgenden diskutieren will, ist der theoretische Ansatz von Regina Becker-Schmidt (vgl. etwa 1987, 1991) und Gudrun-Axeli Knapp (vgl. z.B. 1996, 2010).

Becker-Schmidt und Knapp stehen in der Tradition der frühen Kritischen Theorie, an die sie kritisch angeschlossen und die sie maßgeblich feministisch weiterentwickelt haben. Zentrales Element ihres theoretischen Ansatzes ist die wechselseitige Bezogenheit, die dialektische Einheit von kritischer Subjekt- und Gesellschaftstheorie, die ihr Vorbild an der Verknüpfung von Marx'scher Gesellschaftstheorie und Psychoanalyse in der Kritischen Theorie hat. Nichtsdestoweniger hat feministische Theorie für Becker-Schmidt in ihrer Aneignung der Kritischen Theorie in dem Maße über sie hinauszugehen, wie diese sich selbst als androzentrisch entpuppt. Obwohl sie vor allem auf der ontologischen und epistemologischen Ebene große Übereinstimmungen zwischen Kritischer und feministischer Theorie sieht, kritisiert sie auf der inhaltlichen Ebene androzentrische Ausblendungen und Verzerrungen. Adorno

und Horkheimer analysierten Geschlecht nicht als soziales Verhältnis und nicht als Strukturkategorie, sondern nur in Bezug auf Sozialcharaktere. Dafür sieht sie drei Gründe: den Klassenreduktionismus der Kritischen Theorie, die Blindheit gegenüber der strukturierenden Wirkung von Geschlechterverhältnissen in allen sozialen Bereichen (Familie, Erwerb, Kultur, Staat, etc.) und die Unfähigkeit, die Widersprüchlichkeit und Komplexität im weiblichen Lebenszusammenhang zu erkennen (vgl. Becker-Schmidt 1991, 74f.), die Becker-Schmidt im Begriff der doppelten und widersprüchlichen Vergesellschaftung von Frauen konzeptualisiert.

Für eine feministische Weiterentwicklung der CPE ist dieses Theorem in zweierlei Hinsicht relevant. Erstens beinhaltet es von Anfang an eine gesellschafts- und subjekttheoretische Perspektive, die die wechselseitige Vermittlung von objektiv-gesellschaftlicher, subjektiv-individueller und symbolisch-diskursiver Ebene ins Zentrum der Analyse stellt. Was mit gesellschaftlicher Macht getrennt wird – Warenproduktion und soziale Reproduktion – muss von den Einzelnen im lebensweltlichen Alltag wieder verknüpft werden. Das stellt die doppelt vergesellschafteten Frauen nicht nur vor große *individuelle* Zerreißenproben, was die Organisation der Arbeit und des Lebens angeht, sondern arbeitet *gesellschaftlich* auch einer symbolischen Ordnung zu, in der das weibliche Geschlecht durch die Zuweisung der minder bewerteten Reproduktionsarbeiten generell abgewertet wird. Zweitens scheuen sich Becker-Schmidt und Knapp nicht, diverse Theorien aus unterschiedlichen Wissenschaftstraditionen zu kombinieren, auch wenn der Verbindung der Kritischen Theorie von Adorno und Horkheimer (inklusive der Marx-Bezüge) mit der Diskurstheorie von Foucault zunächst ontologische und epistemologische Steine im Weg zu liegen scheinen. Mit Begriffen von Marx und Adorno (Wertform, Kapital, Verdinglichung, Warenfetisch) versuchen sie die grundlegende Subjekt-Objekt-Dialektik in bürgerlichen Gesellschaften zu fassen, also die Wechselwirkungen zwischen Makro- und Mikroebene, während Foucault und seine Begriffe (Diskurs, Dispositiv, Macht-Wissen-Komplex, Gouvernementalität) besser für die vermittelnde Mesoebene geeignet seien. Auf dieser intermediären Ebene lassen letztere sich gut mit den Konzepten der Regulationstheorie verknüpfen, wie es in der CPE versucht wird. Becker-Schmidt und Knapp stehen exemplarisch für feministische Gesellschaftstheorien, die ausgehend von politisch-ökonomischen Argumentationen über Arbeit – Erweiterung des Arbeitsbegriffs, um auch privatisierte Reproduktionsarbeit als gesellschaftlich notwendig einzuschließen – auch zu einem spezifischen Verständnis der konstitutiven Bedeutung von „Fragen der symbolischen Ordnung und kultureller Prozesse“ gelangt sind, „die in dem Ideologiebegriff der an Marx anknüpfenden Ansätze nicht aufgehen“ (Knapp 2010, 235). Diese Perspektive könnte auch für eine feministisch reartikulierte CPE fruchtbar gemacht werden.

Für eine feministische Cultural Political Economy

Im Folgenden sollen abschließend einige Probleme angeführt werden, die bei der weiteren Ausarbeitung einer feministischen CPE bedacht werden sollten.

(1) Wenn CPE sich mit der Stabilität und dem Wandel der kapitalistischen Produktionsweise beschäftigt, darf sie um ihrer Erklärungskraft gegenüber diesem Gegenstand willen Geschlecht als Strukturkategorie und die symbolische Ordnung der Geschlechter nicht außen vorlassen. Der Übergang zwischen den unterschiedlichen Phasen kapitalistischer Entwicklung (Fordismus, Neoliberalismus, usw.) war immer auch von sich wandelnden Geschlechterverhältnissen geprägt und kann ohne deren Reflexion nicht adäquat analysiert werden.

(2) Wenn CPE auf die Ausweitung politisch-ökonomischer Forschung auf die Ebene des Konkreten, Komplexen und Alltäglichen zielt, muss sie hierfür eine bessere subjekttheoretische Fundierung entwickeln. Dabei ist die Vermittlung von Subjekt- und Gesellschaftstheorie, die ich oben anhand von Becker-Schmidt und Knapp angedeutet habe, von zentraler Bedeutung. Sobald Subjekte und Subjektivitäten in den wissenschaftlichen Blick geraten, stellt sich die Frage nach Geschlecht und Vergeschlechtlichung wiederum automatisch.

(3) Wenn CPE die Wechselwirkungen von semiotischen und nicht-semiotischen Dimensionen der politischen Ökonomie untersuchen will, entsteht durch die Auslassung feministischer Perspektiven nicht nur ein blinder Fleck hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse i.e.S., sondern sie produziert Verzerrungen und Eintrübungen des gesamten Blickfeldes. Economic Imaginaries sind wie alle diskursiven Formationen von vergeschlechtlichten (und ethnisierten) Bedeutungen affiziert. Am Beispiel des Homo Oeconomicus etwa wurde diese Tatsache von feministischen Studien ausführlich belegt (vgl. z.B. Habermann 2008).

(4) Wenn CPE die Sedimentierung von Diskursen zum Gegenstand hat und auf ihre Denaturalisierung zum Zwecke der Herrschaftskritik zielt (vgl. Jessop 2011), ist durch die Ausblendung vergeschlechtlichender Diskurse und (sekundär-) patriarchaler Herrschaft ihr Kernbestand berührt. Gleichzeitig wäre eine Integration der Geschlechterdimensionen durch die Öffnung für diskurstheoretische Ansätze im Vergleich zur Regulationstheorie besser möglich.

Dieser notwendigen Integration von Geschlecht in die CPE stehen jedoch in einigen Fällen ontologische und epistemologische Gründe entgegen. Da CPE wie die Regulationstheorie philosophisch dem kritischen Realismus verpflichtet bleibt, erfordert sie eine multidimensionale Perspektive, die sowohl den Praxen und Diskursen in der Alltagswelt als auch den dahinter liegenden Strukturen und Mechanismen Rechnung trägt. Der kritische Realismus bezieht eine dritte Position zwischen einem naiven Realismus oder Empirismus und einem radikalen Konstruktivismus, der die materialistischen Ansätze kritischer Gesellschaftstheorie weitgehend verdrängt hat. Er tut dies, indem er das Insistieren auf der Existenz einer vom menschlichen Bewusstsein zunächst unabhängigen, materiellen Realität mit der Erkenntnis verbindet, dass jede Bedeutung, die diese Realität für die Menschen annimmt, diskursiv konstruiert und historisch kontingent ist. Die soziale Wirklichkeit besteht demnach sowohl aus diskursiven Konstruierungen (construal), die Bedeutung produzieren, als auch aus materiellen Konstruktionen (construction), die durch das Handeln der

Subjekte produziert werden (vgl. Jessop 2011). Radikal-konstruktivistische Ansätze differenzieren zwischen diesen beiden Momenten der Konstruktion sozialer Wirklichkeit nicht, sondern setzen sie systematisch in eins. Terry Eagleton (2000, 245) hat darauf hingewiesen, dass die „Übertreibung“ des radikalen Konstruktivismus mit dem „Vergessen des Referenten“ in der Zeichentheorie de Saussures zusammen hängt, der das vorher gängige Modell eines „semiotischen Dreiecks“ in ein zweipoliges Modell ohne theoretischen Ort für die materielle Realität verwandelt hat. Daran anschließende Ansätze unterscheiden nicht mehr zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praxen, wie es bei Foucault etwa der Fall ist, und fallen daher unter die Rubrik dessen, was Jessop „Diskursimperialismus“ (2004, 171) nennt, also der völligen Ineinssetzung des Diskursiven und des Materiellen, die mitunter auch in der feministischen Theorie zu beobachten ist.

CPE kritisiert diesen radikalen Konstruktivismus ebenso entschieden wie den ökonomistischen (Vulgär-) Materialismus vieler Spielarten des Marxismus. Daher nimmt CPE eine dritte Position ein, die vielleicht als „materialistischer Konstruktivismus“ (Kissilewski 2005, 6) bezeichnet werden kann. Diese Position ist kompatibel mit unterschiedlichen Ansätzen der feministischen politischen Ökonomie und der feministischen Gesellschaftstheorie – der von Becker-Schmidt und Knapp ist nur einer von vielen – insofern diese Geschlecht sowohl als Diskursphänomen als auch als real wirkmächtige Strukturkategorie begreifen. Die in diesem Kontext herausgearbeitete Tatsache, dass die Entstehungs- und Entwicklungsdynamik der ökonomischen Strukturen des modernen Kapitalismus nicht ohne Reflexion der androzentrischen (und eurozentrischen) Praxen und Diskurse zu denken ist, die sich historisch in jene eingeschrieben haben (vgl. Knapp 2010), muss im Rahmen der CPE erst noch angemessen adressiert werden. Der Zusammenhang von kapitalistischen und (sekundär-) patriarchalen (und ethnisierenden) Vergesellschaftungsformen – sowohl was die subjekttheoretische Seite der Erzeugung komplexer Ungleichheitslagen als auch was die gesellschaftstheoretische Seite der Artikulation unterschiedlicher Herrschaftsformen angeht – stellt die CPE vor große, aber nicht unlösbare Aufgaben. Als ersten Schritt in Richtung einer theoretischen Erfassung der intersektionalen Komplexität unserer sozialen Wirklichkeit benötigt die politische Ökonomie notwendig eine kulturelle und die Cultural Political Economy eine feministische Perspektive.

Literatur

Becker, Joachim, 2009: Regulationstheorie. In: Becker, Joachim/Grisold, Andrea/Gubitzer, Luise et al. (Hg.): Heterodoxe Ökonomie. Marburg, 89-116.

Becker-Schmidt, Regina, 1987: Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung. Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. In: Unterkircher, Lilo/Wagner, Ina (Hg.): Die andere Hälfte der Gesellschaft. Wien, 10-25.

Becker-Schmidt, Regina, 1991: Identitätslogik und Gewalt. Zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Feminismus. In: Müller-Warden, Joachim/Welzer, Harald (Hg.): Fragmente kritischer Theorie. Tübingen, 59-77.

Best, Jacqueline/**Paterson**, Matthew (Hg.), 2010: Cultural Political Economy. London, New York.

- Dackweiler**, Regina, 1995: Ausgegrenzt und eingemeindet. Die neue Frauenbewegung im Blick der Sozialwissenschaften. Münster.
- Eagleton**, Terry, 2000: Ideologie. Eine Einführung. Stuttgart.
- Fairclough**, Norman, 2009: A Dialectical-Relational Approach to Critical Discourse Analysis in Social Research. In: Wodak, Ruth/Meyer, Michael (Hg.): Methods of Critical Discourse Analysis, 2nd Edition. London, Thousand Oaks, 162-186.
- Fairclough**, Norman/**Jessop**, Bob/**Sayer**, Andrew, 2004: Critical Realism and Semiosis. In: Joseph, Jonathan/Roberts, John M. (Hg.): Realism, Discourse and Deconstruction. London, 23-42.
- Habermann**, Friederike, 2008: Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Baden-Baden.
- Hauf**, Felix, 2006: Regulation und Geschlecht. Zur feministischen Erweiterung der Regulationstheorie bei Kohlmorgen. Unveröff. Diplomarbeit, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität, Frankfurt/Main.
- Hirsch**, Joachim, 2005: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg.
- Jenson**, Jane, 1997: Die Reinstitutionalisierung der Staatsbürgerschaft. Klasse, Geschlecht und Gleichheit im Fordismus und Postfordismus. In: Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Argument-Sonderband 249. Berlin, Hamburg, 232-247.
- Jessop**, Bob, 2004: Critical Semiotic Analysis and Cultural Political Economy. In: Critical Discourse Studies. 1 [2], 159-174.
- Jessop**, Bob, 2009: Vom Regulationsansatz zu kultureller politischer Ökonomie. Geld und Rechte an geistigem Eigentum. In: Mooslechner, Peter/Redak, Vanessa/Schürz, Martin/Springler, Elisabeth (Hg.): Auf der Suche nach dem Selbst. Finanzmärkte, Individuum und Gesellschaft. Marburg, 17-32.
- Jessop**, Bob, 2011: Imagined Recoveries – Recovered Imaginaries. A Cultural Political Economy Perspective. Internet: www.lancs.ac.uk/cperc/docs/E-2012%20Jessop-CPE-Swansea-Recovery.pdf [12.12.2012].
- Jessop**, Bob/**Oosterlynck**, Stijn, 2008: Cultural Political Economy. On Making the Cultural Turn without Falling into Soft Economic Sociology. In: Geoforum. 39 (3), 1155-1169.
- Kissilewski**, Janine, 2005: Weltbilder und Ideen. Eine konstruktivistische Analyse am Beispiel der deutschen Zuwanderungspolitik. Dissertation, LMU München, Internet: edoc.ub.uni-muenchen.de/5222/1/Kissilewski_Janine.pdf [07.03.2013].
- Knapp**, Gudrun-Axeli, 1996: Traditionen – Brüche. Kritische Theorie in der feministischen Rezeption. In: Scheich, Elvira (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie. Hamburg, 113-150.
- Knapp**, Gudrun-Axeli, 2010: „Intersectional Invisibility“. Anknüpfungen und Rückfragen an ein Konzept der Intersektionalitätsforschung. In: Lutz, Helma/ Herrerar Vivar, Maria Theresa/ Supik, Linda (Hg.): Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes. Wiesbaden, 223-243.
- Kohlmorgen**, Lars, 2004: Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus. Münster.
- Laclau**, Ernesto/**Mouffe**, Chantal, 1991: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.
- Lipietz**, Alain, 1992: Vom Althusserismus zur „Theorie der Regulation“. In: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hg.), 1992: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster, 9-54.
- Lipietz**, Alain, 1998: Rebellische Söhne – Die Regulationsschule. Interview mit Jane Jenson. In: Lipietz, Alain (Hg.): Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Berlin, Hamburg, 12-23.

Marx, Karl, 1960 [1869]: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 8. Berlin, 111-207.

Marx, Karl, 1972 [1894]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band. Marx-Engels-Werke, Bd. 25. Berlin.

Ruddick, Susan, 1992: Das Gesellschaftliche konstruieren. Armut, Geschlechterverhältnisse und Familie im Goldenen Zeitalter. In: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hg.), 1992: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster, 290-315.

Sablowski, Thomas, 1994: Zum Status des Hegemoniebegriffs in der Regulationstheorie. In: Esser, Joseph/Hirsch, Joachim/Görg, Christoph (Hg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Hamburg, 133-156.

Scherrer, Christoph, 1995: Eine diskursanalytische Kritik der Regulationstheorie. In: Prokla. 25 (3), 457-482.

Scholz, Roswitha, 2000: Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die post-moderne Metamorphose des Patriarchats. Bad Honnef.

Sum, Ngai-Ling, 2006: Towards a Cultural Political Economy. Discourses, Material Power and (Counter-)Hegemony. Demologos Spot Paper. Internet: demologos.ncl.ac.uk /wp/wp1/papers/cpe2.pdf [02.06.2010; Password: demo2006allow].

Wullweber, Joscha, 2009: Die diskursive Verfasstheit der Ökonomie. Eine diskurstheoretische Perspektive. Paper für die Tagung „Kapitalismustheorien“ von ÖGPW und DVPW, Sektion Politik und Ökonomie, 24.-25. April 2009 in Wien. Internet: www.oegpw.at/tagung09/papers/AG2b_wullweber.pdf [22.06.2010].

Plädoyer für eine utopietheoretische Erweiterung feministischer Gesellschaftskritik

MIRJAM DIERKES

Zur Relevanz einer Aktualisierung des Utopischen

Nachdem spätestens mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus 1989 und in den Jahren danach allseits das Ende der Utopie, vor allem in Bezug auf alternative Ökonomiekonzepte und alternative Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung, verkündet wurde (vgl. z. B. Fest 1994), ist in den letzten Jahren zunehmend eine Renaissance des utopischen Diskurses in der Gesellschaft, aber auch in den Sozialwissenschaften zu verzeichnen. Auf der gesellschaftlichen Ebene ist hier zum Beispiel an den weit- hin bekannt gewordenen Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ aus dem Umfeld von attac und den Sozialforen zu denken. Kampagnen wie bspw. „Gemeinsam für ein gutes Leben“ der IG Metall seit dem Jahr 2008, die, jenseits des Alltagsgeschäfts, die Frage nach dem „guten Leben“ auf die Agenda setzt, lassen sich dieser Entwicklung ebenfalls zuordnen. Auch im Rahmen wissenschaftlicher Publikationen und